# Antrag : Qualifizierungsoffensive für Migrantinnen und Migranten

Laufende Nummer: 362

| | |
|---|---|
| **Antragsteller/in:** | GS Köln-Leverkusen (Bezirk Nordrhein-Westfalen) |
| **Status:** | in Bearbeitung |
| **Sachgebiet:** | L5. - Transformation gestalten |

Der 24. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Im Zuge der Transformation werden sich Arbeitsformen, Arbeitszeiten und auch Arbeitsorte verändern; Industrie 4.0 und digital unterstützte Produktion, Dienstleistungen und Kommunikation werden zunehmen. Neue Umbrüche und Herausforderungen in der Klimapolitik, der Umstieg auf Elektromobilität sowie weiterer alternativer Antriebssysteme und somit auch ein Rückgang bei Verbrennungsmotoren wird sich die Arbeitswelt nachhaltig verändern.

Der Vorstand der IG Metall wird dazu aufgefordert, größere Anstrengungen für eine breit angelegte Qualifizierungsoffensive von Migrantinnen und Migranten zu unternehmen, die auch lernungewohnte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (mit oder ohne Migrationshintergrund) mitnimmt.

In vielen Bereichen werden sich somit die Tätigkeitsprofile stark verändern und auch Arbeitsplätze wegfallen. Dies geschieht bei anhaltender Globalisierung und Verlagerungsdruck. Durch bestehenden Leistungsdruck, Restrukturierungen und Herausforderungen der Transformation wird es zweifellos zur Verunsicherungen kommen und auch Gefährdungen geben.

Wir müssen die Risiken und Chancen der Transformation analysieren und den Prozess so gestalten, dass die Risiken minimiert und die Chancen maximal genutzt werden. Hierzu brauchen wir eine bundesweite, präventive Qualifizierungs- und Weiterbildungsstrategie, um Gefahren für die Beschäftigung und Qualifikation von Arbeitnehmer/Innen abzuwehren.

Die Instrumente hierzu liefern das Betriebsverfassungsgesetz, sowie die einschlägigen Tarifverträge zur Qualifizierung und Weiterbildung. Sie sollten jedoch durch weitere gesetzgeberische Maßnahmen begleitet und unterstützt werden. Die geplante Gesetzgebung der Bundesregierung im Bereich Berufsbildungs-, Aufstiegsfortbildungs- und Bundesausbildungsforderungsgesetz kann dabei sehr hilfreich sein. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die IG Metall das Gesetzgebungsverfahren von Anfang an mit eigenen Vorschlägen kritisch begleiten und unterstützen will.

Wir – IG Metall und betriebliche Interessenvertreter/Iinnen – wollen dafür Sorge tragen, dass Beschäftigte mit Migrationshintergrund nicht abgehängt und damit zu

30 Verlierern von Transformation und Digitalisierung werden.

## Beschlussdatum

18.03.2019